

Editorial

Die Richtung stimmt, das Problem bleibt

Die Klimaaktivisten beschwören den Weltuntergang, wenn wir zu wenig tun. Die SVP warnt vor massiven Belastungen für das Portemonnaie der einfachen Leute, wenn wir zu viel tun. In der Klimadebatte setzen beide Seiten auf Alarmismus. Mit Angst gewinnt man Wahlen.

Aber die Frage, was die Massnahmen zum Klimaschutz kosten werden, die nun vom Ständerat für das neue CO<sub>2</sub>-Gesetz aufgegleist worden sind, ist berechtigt. Das Forschungsinstitut Infras hat berechnet, wie stark verschiedene Haushaltstypen davon voraussichtlich belastet werden. Die Ergebnisse liegen weit unter den Schätzungen der SVP. Am stärksten werden die zusätzlichen Heizkosten das Haushaltsbudget belasten. Immerhin erlauben es die Lenkungsabgaben, dass sich die Bürger nach ihren Bedürfnissen anpassen können. Der Verbrauch wird verteuert, aber ein Teil der Einnahmen soll gleichmässig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückverteilt werden. Wer wenig verbraucht, wird belohnt, wer viel verbraucht, belastet.

Das ist sinnvoll. Ein CO<sub>2</sub>-Preis lenkt das Verhalten in Richtung klimafreundliche Alternativen. Wichtig ist ein einheitlicher CO<sub>2</sub>-Preis in allen Bereichen, wie der Klimaökonom und Nobelpreisträger William Nordhaus argumentiert. Das Kohlendioxid soll dort eingespart werden, wo es den Bürgern am leichtesten fällt. Dem Klima ist es egal, wo das passiert.

Die Richtung stimmt, doch das Problem ist damit noch nicht gelöst. Denn das erklärte Ziel des Bundesrats, bis 2050 eine CO<sub>2</sub>-neutrale Schweiz zu schaffen, wird mit den geplanten Massnahmen nicht zu erreichen sein. Dann müssten die Lenkungsabgaben erhöht werden. Was es für die Konsumenten teurer macht – und politisch sehr viel schwieriger. Oder es kommen weitergehende Massnahmen zum Einsatz: Verbote, Regulierungen, Subventionen für klimafreundliche Technologien und Ähnliches. Das öffnet Tür und Tor für Spezialinteressen und Bürokratie. Subventionen gehen zulasten der Steuerzahler, wer letztendlich die Kosten der Regulierung trägt, ist nicht klar. Und einmal eingeführte Subventionen bringt man nie wieder weg, auch wenn sie die Ziele verfehlen. Am Schluss wird es in der Summe sehr viel teurer.

Wie gross die Zahlungsbereitschaft der Bevölkerung wirklich ist, wird sich zeigen müssen. Eine Umfrage in den USA ergab ernüchternde Werte. Nicht einmal die Hälfte der Befragten war bereit, 2 Dollar pro Monat für den Klimaschutz einzusetzen. In der Schweiz dürften es zwar bedeutend mehr sein. Doch wenn wir Wirkung erzielen wollen, werden wir auf Kostenwahrheit und Effizienz achten müssen.

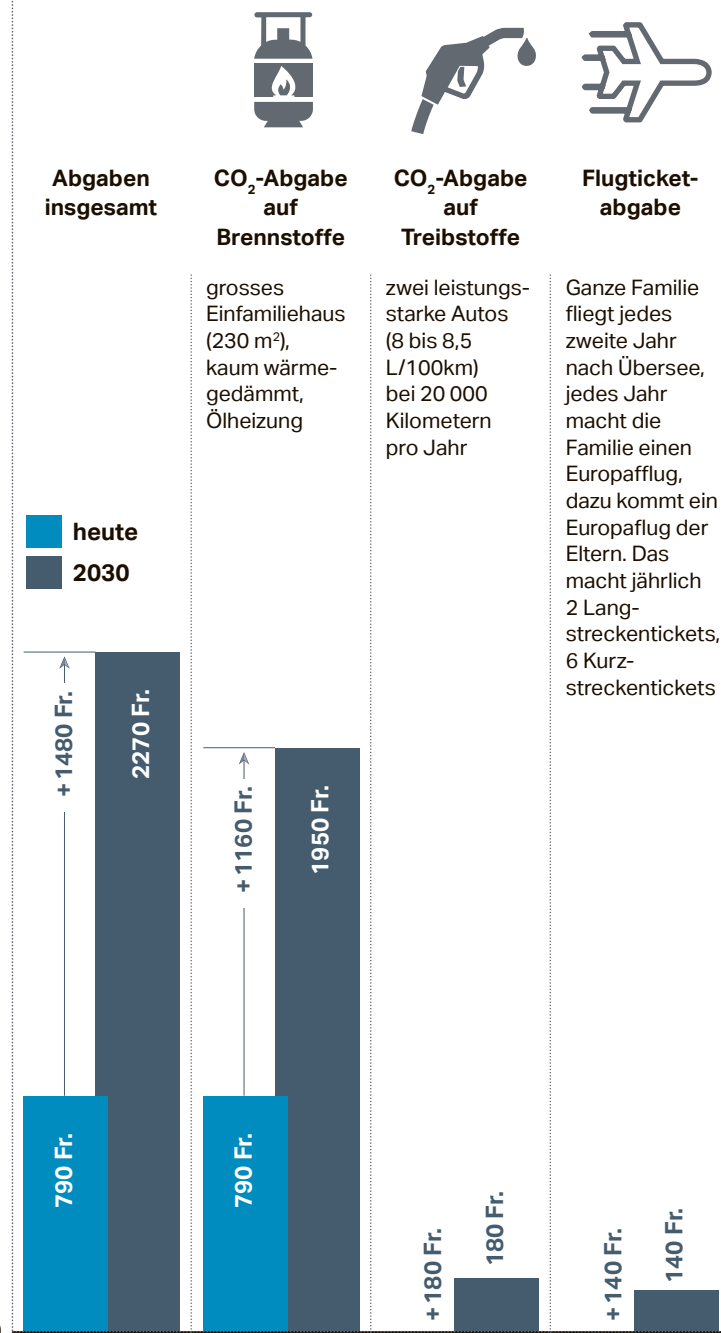


Armin Müller, Mitglied der Chefredaktion

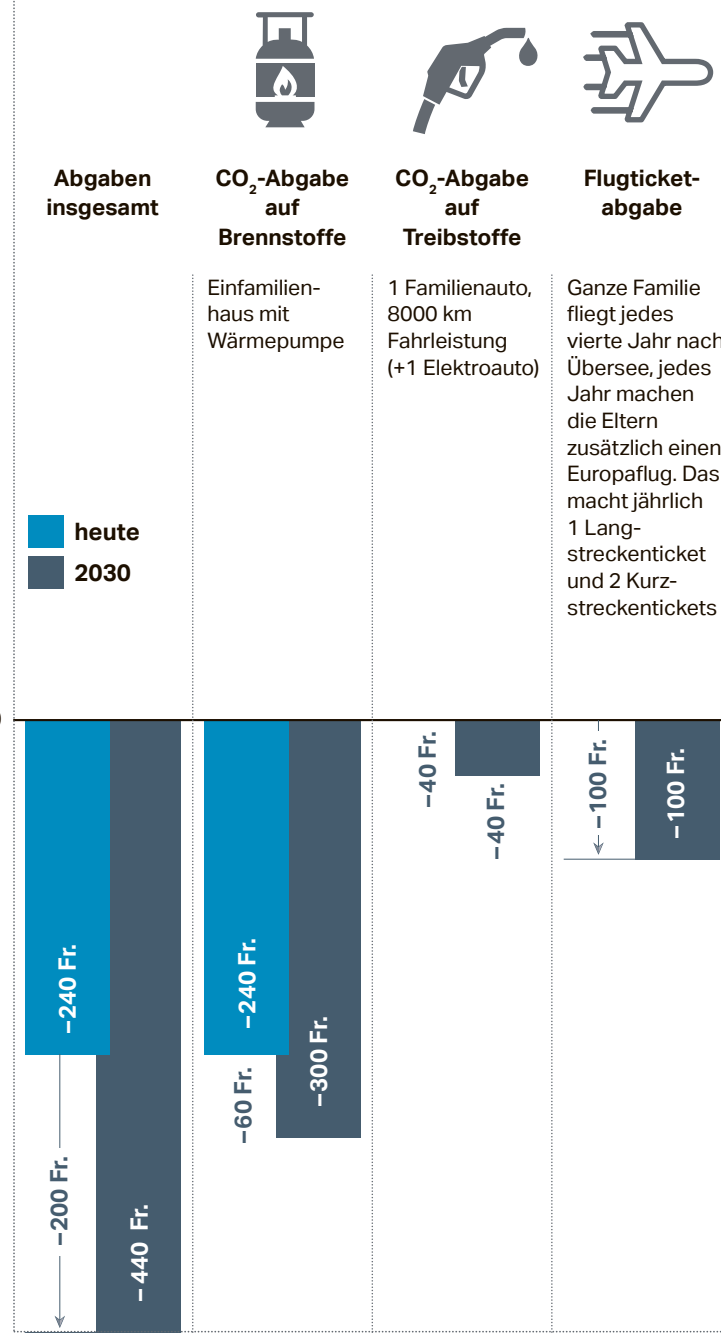
armin.mueller@sonntagszeitung.ch  
www.facebook.com/sonntagszeitung



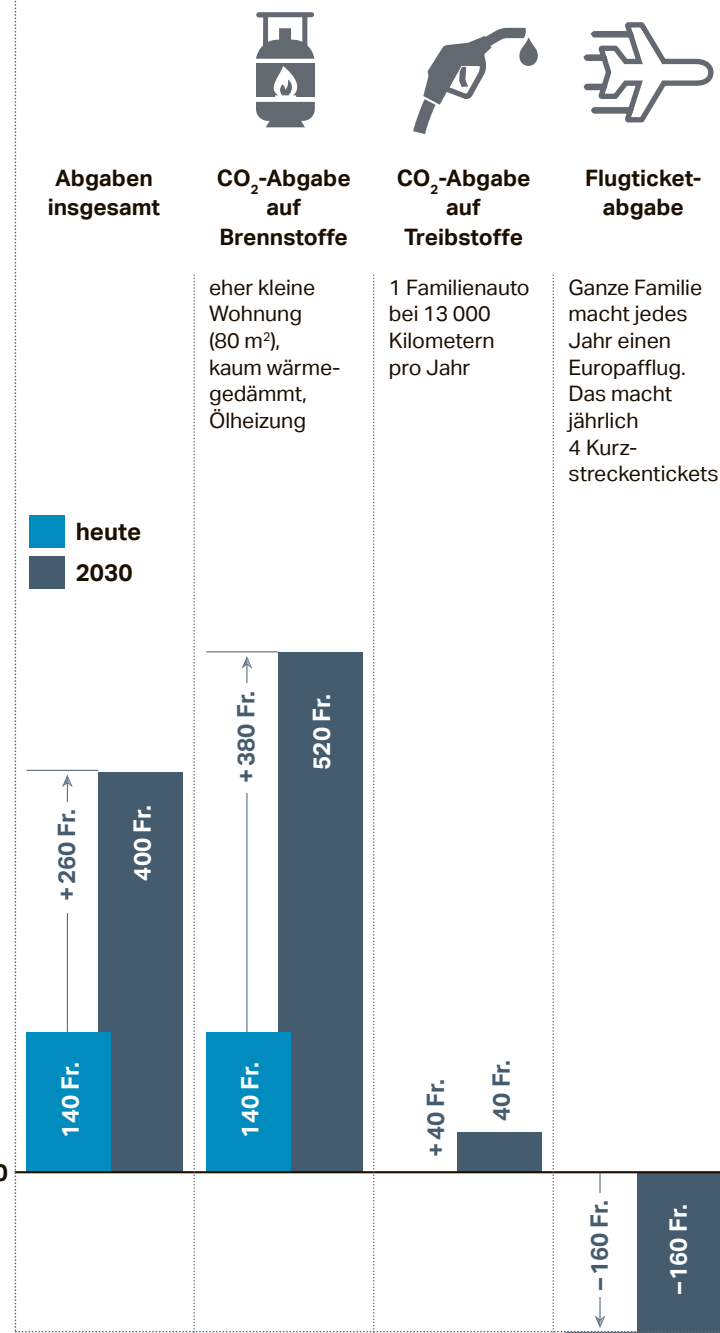
Eine Familie mit 2 Kindern – hoher Lebensstandard und anhaltend hoher CO<sub>2</sub>-Verbrauch – bezahlt heute 790 Franken CO<sub>2</sub>-Abgaben, im Jahre 2030 werden es 2270 Franken sein.



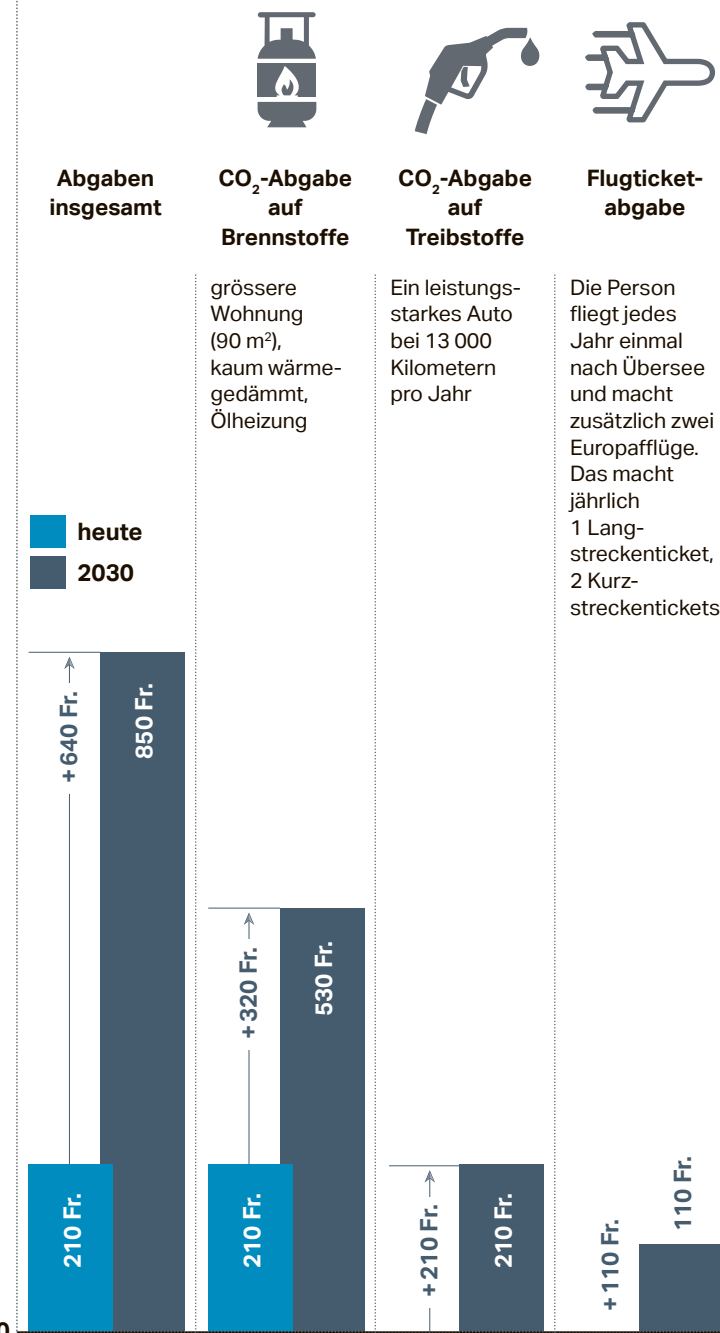
Eine Familie mit 2 Kindern – hoher Lebensstandard und tiefer CO<sub>2</sub>-Verbrauch – erhält heute 240 Franken CO<sub>2</sub>-Abgaben zurück, im Jahr 2030 werden es 440 Franken sein



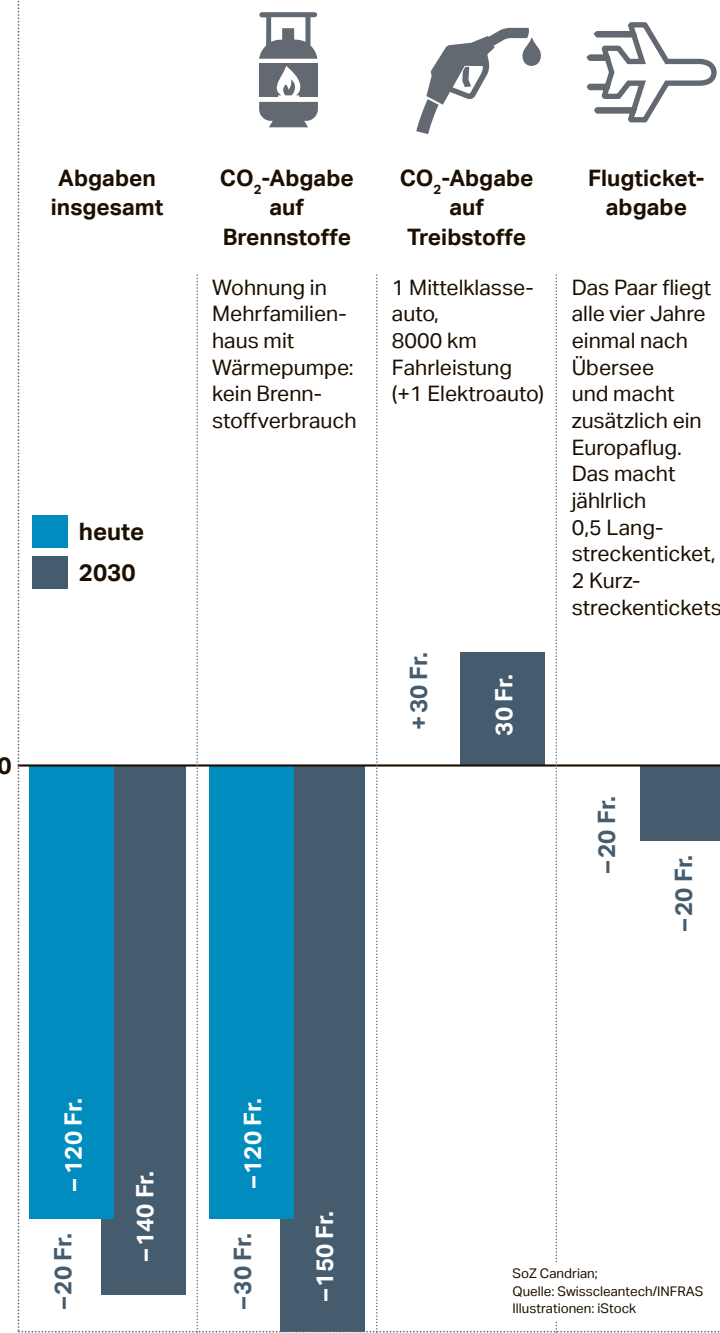
Eine Familie mit 2 Kindern – tiefer Lebensstandard und hoher CO<sub>2</sub>-Verbrauch – bezahlt heute 140 Franken CO<sub>2</sub>-Abgaben, im Jahr 2030 werden es 400 Franken sein



Einzelhaushalt mit hohem Lebensstandard und hohem Verbrauch – bezahlt heute 210 Franken CO<sub>2</sub>-Abgaben, im Jahr 2030 werden es 850 Franken sein



Ein Paarhaushalt – hoher Lebensstandard und tiefer CO<sub>2</sub>-Verbrauch – erhält heute 120 Franken CO<sub>2</sub>-Abgaben zurück, im Jahr 2030 werden es 140 Franken sein



Mischa Aebi und Denis von Burg

Bern SVP-Präsident Albert Rösti behauptet in Interviews landauf, landab, mit den geplanten CO<sub>2</sub>-Abgaben würden einfache Familien «massiv stärker belastet». Er habe etwas dagegen, «wenn ein Buezer, der 6000 Franken verdient und eine Familie durchbringen muss, plötzlich 1500 Franken im Jahr mehr bezahlen muss, nur weil seine Mietwohnung mit Öl beheizt wird und er aufs Auto angewiesen ist». Das sagte der SVP-Präsident letzte Woche im «Blick» und kündigte das Referendum gegen das CO<sub>2</sub>-Gesetz an.

Nun zeigt eine Studie des Forschungsinstituts Infras, dass Rösti die Buezer zu Unrecht in Alarmstimmung versetzt. Das Forschungsinstitut hat die Auswirkungen der geplanten Treibstoff-, Brennstoff- und Flugticketabgaben für verschiedene Haushaltstypen mit unterschiedlichem Konsumverhalten berechnet. Erkenntnis: Entgegen Behauptungen der SVP werden CO<sub>2</sub>-Abgaben Familien mit eher tiefem Lebensstandard kaum treffen – selbst dann nicht, wenn sie in einer sehr schlecht iso-

lierten Wohnung wohnen, ein Auto brauchen und mit dem Flugzeug in die Ferien fahren.

Der in der Studie aufgeführte Haushaltstyp, der Röstis Buezer am nächsten kommt, ist eine Familie mit zwei Kindern und einem Einkommen von 85 000 Franken. Sie wohnt in einer 80 Quadratmeter grossen, sehr schlecht isolierten Wohnung. Sie hat ein Auto, fährt damit jährlich 12 000 Kilometer und fliegt einmal im Jahr mit dem Flugzeug. Gemäss den Berechnungen, die Infras im Auftrag des ökologisch orientierten Wirtschaftsverbandes Swisclean-tech gemacht hat, wird die Familie durch die geplanten Klimaabgaben unter dem Strich mit 260 Franken belastet.

Albert Rösti hält an seinen 1500 Franken Mehrkosten fest

Selbst wenn man annimmt, dass die Familie in einer für diese Einkommensklasse überdurchschnittlich grossen Wohnung von 100 Quadratmetern lebt und statt der 12 000 Kilometer 25 000 Kilometer Auto fährt, würde sie künftig durch die Klimaabgaben nur mit 760 Franken belastet. Rösti

# Röstis Buezer gibt es nicht

Eine Studie zeigt: Anders, als der SVP-Präsident behauptet, werden einfache Familien durch die Klimaabgaben kaum belastet

sagt dazu: «Ich halte an meinen 1500 Franken Mehrkosten fest.» Man könne von verschiedenen Annahmen ausgehen. Zudem müsse man berücksichtigen, dass «die beschlossenen Massnahmen nur der erste Schritt waren».

Um auf eine Abgabe von 1500 Franken zu kommen, müsste Röstis Buezer mit seinen 6000 Franken Lohn ein Leben führen, wie es die Studie für eine gut betuchte Familie mit hohem Lebensstandard und wenig Umweltbewusstsein annimmt. Diese reiche Musterfamilie mit zwei Kindern wohnt in einer grossen, mit Öl geheizten, kaum isolierten 230-Quadratmeter-Villa und legt mit zwei leistungsstarken Autos jährlich 20 000 Kilometer zurück. Zudem unternimmt sie jedes Jahr einen Kurzstreckenflug, und alle zwei Jahre fliegt sie nach Amerika oder Australien in die Ferien.

Die in der Studie berechneten Beträge fallen erst im Jahr 2030 an. Denn die Hälfte der Abgaben sollen 2021 eingeführt und schrittweise erhöht werden.

Selbst Familien mit hohem Lebensstandard können sich das Leben aber so einrichten, dass sie

durch die neuen CO<sub>2</sub>-Regeln keinen Rappen stärker belastet werden. Dabei müssen sie kaum auf Luxus verzichten. Wichtigste Bedingung ist, dass der alte Öl-Heizkessel durch Wärmepumpen ersetzt und das Haus isoliert wird. Dann kann die Familie immer noch mit dem Auto 8000 Kilometer zurücklegen, sich einmal im Jahr für eine Europareise ins Flugzeug setzen und alle vier Jahre nach Amerika fliegen, ohne zusätzlich belastet zu werden.

Reiche Familien können auch leicht profitieren

Pass die reiche Musterfamilie ihr Leben auf diese Weise an, wird sie unter dem Strich von den CO<sub>2</sub>-Abgaben sogar leicht profitieren. Das heisst: Der Betrag, den jeder Schweizer aus den Töpfen der CO<sub>2</sub>-Abgaben jährlich zurück erhält, wird für sie nach der Sanierung der Heizung 120 Franken höher sein als die übers Jahr geleisteten Abgaben auf Benzin und Flugtickets.

Eine der wichtigsten Erkenntnisse der Studie ist deshalb: Ob Einzelpersonen, Familien oder Paare, ob reich oder arm, ob Mie-

## Was das CO<sub>2</sub>-Gesetz vorsieht

Unter dem Eindruck von Klimawandel und Klimastreik hat der Ständerat im September einen Vorschlag zu einem neuen CO<sub>2</sub>-Gesetz gemacht. Im Vordergrund stehen Lenkungsabgaben auf fossilen Energien. Der Verbrauch soll verteuert und ein Teil der daraus entstehenden Einnahmen soll gleichmässig an Bevölkerung und Wirtschaft zurückverteilt werden. Wer wenig verbraucht, würde demnach belohnt. Wer viel verbraucht, würde belastet. Das Ziel: Die Betroffenen sollen ihren Konsum reduzieren oder auf erneuerbare Energien umstellen. Die wichtigsten Massnahmen sind: **Flugticketabgabe:** Der Ständerat will konkret eine Abgabe auf Flüge aus der Schweiz heraus. Diese soll mindestens 30 Franken für Kurzstreckenflüge und höchstens 120 Franken für Langstreckenflüge betragen. Gut die Hälfte der Einnahmen soll an die Bevölkerung zurückverteilt werden, die andere Hälfte ginge in einen neuen Klimafonds. Die in dieser Doppelseite zitierte Studie geht von einer Rück-

erstattung von 70 Franken pro Person aus. **Heizölabgabe:** Die bereits existierende CO<sub>2</sub>-Abgabe auf Brennstoffen (Heizöl und Gas) soll deutlich ausgebaut werden. Heute beträgt sie 25 Rappen pro Liter Heizöl. Geplant ist, diese auf 56 Rappen zu erhöhen. Sie wird zu 70 Prozent zurückverteilt. Die Studie geht davon aus, dass die Rückverteilung pro Kopf so von 60 auf 75 Franken steigen würde. **Benzinabgabe:** Bereits heute gibt es eine geringe, praktisch vernachlässigbare CO<sub>2</sub>-Abgabe auf den fossilen Treibstoff Benzin, Diesel und Gas. Der Ständerat will diese Abgabe auf höchstens 12 Rappen verteuern. Der Bundesrat prüft allerdings schon weitergehende Forderungen. Die Studie geht deshalb von einer maximalen Abgabe von 20 Rappen pro Liter aus, die als Lenkungsabgabe teilweise rückerstattet muss. Das CO<sub>2</sub>-Gesetz muss noch vom Nationalrat bestätigt werden. Der wird es wohl mit kleineren Änderungen bestätigen. (DVB)

ter oder Hauseigentümer: Die Heizung ist der entscheidende Faktor für die Höhe der Abgabe. Wer von der fossilen Heizung wekommt, wird künftig nur wenig belastet oder erhält sogar Geld zurück. Dasselbe gilt für einfachere Familien. Wer das Glück hat, in einer sanierten Mietwohnung leben zu können, erhält nach neuem Gesetz aus der CO<sub>2</sub>-Kasse rund 300 Franken zurückerstattet, das sind sogar 60 Franken mehr als heute schon. Das Autofahren schlägt dagegen kaum zu Buche: Die Abgaben betragen für durchschnittliche Automobilisten (12 000 Kilometer), die zum Beispiel einen VW Golf fahren, bloss 40 Franken im Jahr. Dennoch ist selbst bei den Heizungen ungewiss, ob die Abgaben eine lenkende Wirkung haben, so wie dies die Politiker beabsichtigt haben: Für viele Villenbesitzer mit Ölheizung wird sich der Ersatz der Wärmepumpe kaum lohnen, trotz der 1470 Franken, die sie dann jährlich sparen. Denn eine Wärmepumpeheizung funktioniert in alten, ungedämmten Häusern praktisch nicht. Der Einbau einer Wärmepumpe ist deshalb oft mit hohen zusätzlichen Sanierungskosten verbunden.

Viele Villenbesitzer werden deshalb trotz der neuen Abgaben auf Heizöl ihre Ölheizung nicht ersetzen – oder gar eine neue einbauen.

## Umverteilung von Reich nach Arm

Der Geschäftsführer von Swisclean-tech, Christian Zeyer, betont eine weitere Erkenntnis der Studie: «Untere Einkommensschichten profitieren von Lenkungsabgaben, besonders wenn sie auch ihren Verbrauch im Auge behalten.» In der Tat: Von den Abgaben am stärksten betroffen sind Gutverdienende, die viel mit dem Flugzeug reisen und nicht bereit sind, ihre Villa zu sanieren. Weniger Begüterte werden selbst dann nur moderat belastet, wenn sie viel Auto fahren und der Vermieter nicht bereit ist, die Ölheizung zu ersetzen. Der Grund: Wegen des geringeren Konsums und der kleineren Wohnfläche halten sich bei ihnen die Pro-Kopf-Rückvergütungen aus den CO<sub>2</sub>-Töpfen und die CO<sub>2</sub>-Abgaben ungefähr die Waage. Und sie bezahlen gemessen am Einkommen wesentlich geringere Abgaben als Personen mit hohem Lebensstandard.

SoZ Candrian; Quelle: Swisclean-tech/INFRAS; Illustrationen: iStock